

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Anträge Nrn. 102 – 104 (S. 237): Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung (SPD/KULT, Die Linke, GfK)

Antrag Nr. 105 (S. 237): Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung: Flexibilisierung der Fahrten innerhalb eines Jahres (CDU/GRÜNE/KULT/FDP)

Wenn Sie einverstanden wären, steigen wir hier in die Diskussion ein.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die SPD-Fraktion spricht sich für einen Erhalt der Haushaltsmittel in bisherige Höhe für den Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung aus. Teilhabe und Inklusion müssen mehr sein als barrierefreie Haltestellen und Lippenbekenntnisse. Es geht im Verweis auf die UN-Charta für Menschen mit Behinderung um ein Grundrecht. In diesem Sinne wollen wir den Menschen mit Behinderung weiterhin die soziale Teilhabe im bisherigen Umfang ermöglichen.

Wenn Land und Bund ihrer Verantwortung diesbezüglich nicht gerecht werden, sehen wir die Kommune in der Verantwortung. Uns geht es darum, ein Gesamtpaket zu schnüren. Da verweise ich auf unseren Antrag zum Saarbrücker Modell. Aber wir appellieren gleichermaßen an die Verantwortlichkeit der Betroffenen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln letztendlich auch verantwortlich umzugehen. In diesem Sinne beantragen wir den Erhalt der bisherigen Aufwendung.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Auch die CDU, die GRÜNEN und die anderen, auch wir wollen die Menschen mit Behinderung weiterhin unterstützen. Auch wir wissen, dass sie durch die UN-Charta ein Anrecht auf Teilhabe haben. Auch wir wissen, dass Menschen mit Behinderungen stark gehandicapt sind und dass sie auf unsere Fürsorge angewiesen sind.

Aber: Wir haben hier eine Haushaltskonsolidierung. Wir haben hier Sparmaßnahmen. Alle Bereiche werden hierzu ihren Beitrag leisten. Die CDU, die GRÜNEN und die FDP -

(Zuruf: Die CDU spricht!)

- Ja, die CDU spricht.

(Der Vorsitzende: Hauptsache, Sie wissen nachher noch, welchem Antrag Sie zustimmen!)

Wir wollen diese Kürzung, die wir im Gemeinderat schon besprochen haben, auf 144 Fahrten erhalten. Aber: Wir wollen es den Menschen, die diese Fahrten in Anspruch nehmen, ermöglichen, sich diese Fahrten selbst einzuteilen, d. h., wir wünschen eine Flexibilisierung. Dieses Paket, 144 Fahrten, wird auf das ganze Jahr verteilt. Wie sie abgerufen werden, wird dem Einzelnen überlassen.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich kann mich nahtlos Frau Wiedemann anschließen. Ich möchte noch einmal betonen: Die CDU und die GRÜNEN haben sich bereits gemeinsam für eine Abmilderung der ersten Haushaltsansätze beim Beförderungsdienst für Behinderte eingesetzt. So wurden die Freifahrten auf Antrag der beiden Fraktionen von 96 auf 144 heraufgesetzt. Die GRÜNEN haben aber auch immer betont, dass die letztendliche Entscheidung über Sparmaßnahmen erst in den heutigen Haushaltsberatungen fällt. Diese Zeit haben wir genutzt, um mit Betroffenen über die Auswirkungen von Sparmaßnahmen zu sprechen. Es war das erklärte Ziel der GRÜNEN, dass wir bereit sind, einmal getroffene Entscheidungen ganz oder teilweise zu revidieren, wenn sich Entscheidungsgründe ändern.

Dieser Fall ist beim Beförderungsdienst eingetreten. Viele Diskussionen mit Betroffenen haben die GRÜNEN zu einem Umdenken in dieser Frage bewegt. Daher nehmen wir das Anliegen des Behindertenbeirates auf und beantragen die Flexibilisierung beim Beförderungsdienst. Hierfür möchten wir uns bei allen Beteiligten für die konstruktiven Gespräche bedanken.

Stadtrat Braun (KULT): Der Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung ist für viele Betroffene das einzige Mittel, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Wir von KULT waren von Anfang an gegen jegliche Kürzung und bleiben dieser Position selbstverständlich auch treu. Es geht um mobilitätseingeschränkte Menschen, die ein Leben mit Selbstbestimmung und Selbständigkeit führen wollen. Werden hier Mittel gekürzt, bringen wir körperlich beeinträchtigte Menschen in missliche Lagen. Wieso sollen diese Menschen entscheiden müssen, ob sie am Mittwoch ins Kino gehen oder freitags lieber shoppen gehen wollen? Wieso sollen sie gezwungen werden, bereits am Montag Einkäufe für zwei Wochen tätigen zu müssen? Genau das wäre die Situation genau für die, die sich beispielsweise kein Taxi leisten können.

Ich appelliere an den ganzen Gemeinderat, an alle, die immer von Inklusion reden, weil es da draußen so gut ankommt. Hier haben wir heute tatsächlich die Möglichkeit, Inklusion umzusetzen. Vergessen Sie nicht, dass es sich hierbei um ein Menschenrecht handelt. Man muss nur rational überlegen, was es für die Menschen bedeuten würde, die tatsächlich auf den Fahrdienst angewiesen sind. 144 Fahrten im Jahr, also 72 x hin und 72 x zurück, also jeden 5. Tag eine Fahrt, einkaufen, Freunde und Familie besuchen, Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben, Behördengänge und vieles mehr. Und das für eine Zielgruppe, die vermutlich ohnehin den Großteil ihrer Fahrten für Arzt- oder Klinikbesuche ausgeben muss.

Denken Sie doch einfach einmal nach, wie viele Fahrten Sie persönlich bräuchten, wenn Sie auf einen solchen Dienst angewiesen wären, meine Damen und Herren. Außerdem beantragen wir eine Flexibilisierung dieser Fahrten, denn wer das Angebot im Sommer mehr nutzen möchte, als im Winter, sollte dies dürfen, vor allem weil die städtischen Kosten gleich blieben. Wir könnten uns heute aber darauf einigen, dies im zuständigen Fachausschuss detaillierter zu betrachten.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Ich schließe mich den Vorrednerinnen und Vorrednern an, was die Begründung des Antrags betrifft, die Kürzungen zurückzunehmen. Wenn der Betrag der SPD stimmt, sind wir damit sehr einverstanden. Wir haben der Maßnahmenliste den niedrigeren Betrag entnommen, korrigieren das aber gerne nach oben.

Ich würde gerne noch zwei Punkte ansprechen. Das eine war die Antwort der Stadtverwaltung, wo zu lesen war, dass nur 1 % der Menschen mit Handicap diese Fahrten völlig ausschöpfen. Sozusagen sei das ein sehr niedriger Prozentsatz. Ich habe mit einigen von denen gesprochen, die zu diesen 1 % gehören. Das sind z. B. die Aktiven im Beirat für Menschen mit Behinderungen, die recht viele Fahrten unternehmen und die auch sagen, sie möchten eigentlich mehr Fahrten haben. Sie versuchen, andere Menschen zum Rausgehen zu ermutigen, sie für die Mitgestaltung der Stadt zu gewinnen. Dafür ist eine Zurücknahme der Fahrtenzuschüsse ein schlechtes Signal, was zum Teil bei den Menschen aus dem Beirat auch zu einer wenig optimistischen Stimmung führt. Die Streichung von Fahrten macht das Anliegen zunichte, Barrieren in Karlsruhe für Menschen mit Behinderung abzuschaffen. Wir hoffen sehr, dass das nicht geschieht.

Zum Punkt der Flexibilisierung möchte ich sagen, dass ich es nicht richtig finde, den Menschen mit Behinderung selbst die Verantwortung für den Ausschluss aus der Gesellschaft aufgrund einer Behinderung zuzuschieben. Das passiert meiner Ansicht nach, wenn Sie sagen, sie sollen mit weniger Fahrten auskommen, sollen aber selber verantworten, wann sie sich ausschließen. Insofern sind wir gegen diese Flexibilisierung und für die Beibehaltung der Zuschüsse. Wir würden der Flexibilisierung aber zustimmen, weil sie für manche Menschen dann doch noch eine Verbesserung bringt, wenn sie wenigstens die Fahrten ansammeln können.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Der GfK geht es nicht darum, irgendwelche Konventionen einzuhalten, irgendwelche Gesetze zu erfüllen. Es geht um Menschen, die es einfach brauchen. Es rühmt und ehrt eine Stadt, wenn sie mit ihren Schwachen gut umgeht. Aus diesem Grund, das sagen wir genau an dieser Stelle, wollen wir das zurücknehmen, was wir hier schon beschlossen hatten. Wir wollen nicht nur auf große Wirtschaftszahlen der Stadt schauen, sondern wir wollen auch schauen, dass bekannt wird, Karlsruhe ist eine Stadt der Barmherzigkeit.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich werde jetzt keine Anträge zusammenfassen. Wir stimmen sie einfach der Reihe nach ab, auch wenn das natürlich zum Teil ein bisschen widersprüchlich dadurch wird.

Ich rufe den Antrag Nr. 102 von SPD und KULT auf und bitte um das Kartenzeichen.
- Das sind 20 Zustimmungen, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag Nr. 103 von den Linken. Das ist von der Summe her gleich, möglicherweise auch vom Inhalt. - Das ist auch dieselbe Zustimmung, 20 Zustimmungen, der Rest **Ablehnung**.

Antrag Nr. 104, GfK: Das ist wieder genauso, 20, die zustimmen, mehrheitliche **Ablehnung**.

Jetzt kommen wir zum Flexibilisierungsantrag. Das ist Antrag Nr. 105. - Das ist eine einstimmige **Zustimmung**. Herr Dollinger weist mich gerade darauf hin, dass die Flexibilisierung natürlich dazu führen kann, dass wir insgesamt einen gewissen Mehraufwand haben. Das müssen wir dann einpflegen. Das können wir im Ausschuss klären.

(...)